

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

22

Wien, Freitag, am 15. Jänner 1926

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 15. Jänner 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Die Gemeinderäte Stein, Drechsler, Nachtnebel, Gross, Weigl und Genossen haben folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, von der grosse Teile der Wiener Arbeiter und Angestellten heimgesucht sind, macht es der Gemeindeverwaltung zur Pflicht, alles, was in ihrer Macht steht, zur Linderung dieser Katastrophe zu tun. Der Gemeinderat nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Bürgermeister zugesagt hat, die im Voranschlag vorgesehenen Investitionen und Lieferungen raschestens zur Vergebung gelangen zu lassen. Der Gemeinderat ersucht den Bürgermeister die entsprechenden Weisungen an die Amtsstellen zu erteilen. Der Gemeinderat beschliesst weiter, den Bürgermeister zu ersuchen, in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung Umschau halten zu lassen, ob nicht Arbeiten, die für spätere Zeiten vorgesehen sind, schon früher vergeben werden können.

Der Bürgermeister teilt mit, dass über die Dringlichkeit dieses Antrages nach Erledigung der Tagesordnung verhandelt werden wird.

Ohne Wortmeldung wird der Ankauf einiger Grundstücke beschlossen, der Lehrlingsfürsorgeaktion eine Subvention von 50.000 Schilling, dem Blindenfonds der Ravag eine Subvention von 2000 Schilling, der Genossenschaft der bildenden Künstler eine Subvention von 1000 Schilling, für die volkstümlichen Universitätsvorträge 2500 Schilling gewährt. Für die Vergrösserung des Schalthauses der Unterstation Leopoldstadt der Elektrizitätswerke wird ein Sachkredit von 170.000 Schilling, für den Ankauf von zwei Ladeumformern werden 770.000 Schilling, für den Ankauf von Generatoren werden ^{Millionen} 3 1/5 Schilling und für Strassenherstellungen beim städtischen Wohnhausbau in der Spittelauerlände und in der Antoni- und Rosensteingasse 105.000 Schilling bewilligt. Ebenso werden die Pläne für die grosse städtische Wohnhausanlage auf dem Gelände der ehemaligen Krámskykaserne und für den Zubau zur Wohnhausanlage in der Pesettistrasse genehmigt. Die Kosten dieser beiden Wohnhausanlagen sind 4.244.000 Schilling. Die Abänderung der Kollektivverträge der Bediensteten der städtischen Leichenbestattung sowie Lohnzulagen für die Bediensteten der Gas- und Elektrizitätswerke werden ohne Debatte genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt den Umbau eines Teils der veralteten Schaltanlagen in den Unterstationen der Elektrizitätswerke. Die Kosten dieses Umbaus betragen 1 1/2 Millionen Schilling. Durch das ständige Anwachsen der Kondumenten und den engeren Zusammenschluss der Wasserkraftanlagen mit den Dampfanlagen entsprechen die Unterstationen nicht mehr den Anforderungen der Zeit. Es darf nichts unversucht bleiben, um die Elektrizitätswerke zu einem modernen Betrieb auszugestalten.

G.R. Kunschak (chr. soz.) wendet sich mit aller Entschiedenheit dagegen, dass der Sachkredit von 1 1/2 Millionen Schilling auf das Gebarungsergebnis der Elektrizitätswerke der Jahre 1925 und 1926 verwiesen wird. Da das Budgetjahr mit 31. Dezember schliesst, kann unmöglich heute eine Ausgabe auf das abgelaufene Budgetjahr verwiesen werden.

Ein solcher Antrag ist ganz unerhört. Dazu wird nicht einmal gesagt, welcher Teil auf 1925 und welcher auf 1926 verwiesen wird. Das freie Ermessen der Direktion könnte ja dann 1.499.000 Schilling auf 1925 und nur einen Schilling auf 1926 verweisen. Gegen eine solche Frisierung, um nicht ein schärferes Wort zu gebrauchen, muss auf das energischste protestiert werden. Redner stellt den Antrag, dass die Bedeckung des Sachkredites auf das Gebarungsergebnis der Elektrizitätswerke des Jahres 1926 verwiesen wird und der Ausdruck "des Jahres 1925" im Antrag wegbleibt.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, sich dem Antrag des Vorredners anzuschliessen, da es sich hier um einen Irrtum handelt. Tatsächlich soll es heissen: "auf die Jahre 1926 und 1927". Der Antrag wird hierauf mit dieser Richtigstellung angenommen.

Vbgn. Emmerling berichtet ferner über die Erneuerung von Gleisanlagen im Jahre 1926, die einen Sachkredit von 3.900.000 Schilling erfordern. Die Erneuerungen betragen 20 1/2 Kilometer Gleis, 110 Weichen und 55 Kreuzungen.

G.R. Körber (chr. soz.) wendet sich gegen die nicht ganz klare Fassung der Gleiserneuerungen auf dem Volkwehrplatz im Zuge der Engerthstrasse zwischen der Abzweigung Lassallestrasse und der Gleisverbindung. Man hätte längst schon auf die Anregungen einer Aenderung der Linienführung A, B, 16, 24, 25 und 11 eingehen sollen, der Praterstern würde dadurch entlastet werden und der Platz vor der Reichsbrücke, wo das ehemalige Finanzgebäude steht, wäre auch gross genug. So wird aber das Geld für diese Einbindung hinausgeworfen und auch seinerzeit hätte man die Schleife am Sta.-Luciaplatz ersparen können, wenn man das Gleis längst der Engerthstrasse aufgerollt hätte.

G.R. Doppler (chr. soz.) bringt verschiedene Misstände auf der Strassenbahn zur Sprache, darunter, dass die Wagen nicht geheizt werden, obwohl Heizanlagen vorhanden sind. Bei der starken Kälte könnte man diese Rücksicht auf die Fahrgäste schon verlangen. Die Schaffner schliessen häufig selbst nicht die Türen, wodurch die Fahrgäste ihrer Gesundheit sehr gefährdet werden. Die Ueberfüllung der Wagen ist noch immer so gross, dass die Kleider stark leiden. Ein Teil der Schaffner ist in der Lage, im Wagen Ordnung zu schaffen und die Passagiere zum Vorgehen zu bringen. Ein anderer Teil aber ist weniger geschickt. Es wäre daher notwendig, nur ein gewisses Mass der Ueberfüllung zu gestatten. Früher war es einfacher: da konnte ein Schaffner mit dem Ausruf "Komplett" das weitere Einsteigen hindern und einfach ableiten. So kommt es aber häufig zu hässlichen Szenen. Ein weiterer Uebelstand ist, dass in der jetzigen kalten Witterung die Scheiben der Wagen anlaufen und die Orientierung dadurch sehr erschwert ist. Es wäre daher notwendig, dass allgemein wieder die Strassen und wichtigeren Haltestellen ausgerufen werden. Dieser Vorgang würde sich übrigens auch während des übrigen Jahres empfehlen. Häufig kann man an Kreuzungen beobachten, wie zu früh abgeleitet wird. Es ist ein Wunder, dass nicht mehr Unglücksfälle sich ereignen. Auch die Dichte des Verkehrs lässt viel zu wünschen übrig. So kann man beobachten, dass von Hernals herein die Linien H 1, H 2 und H 3 serienweise fahren, das heisst, dass nach diesen drei Wagen eine lange Pause eintritt, bis wieder Wagen aller drei Linien auf einmal kommen. Eine grössere Regelmässigkeit wäre hier sehr notwendig. Häufig verlassen die Stadtbahnzüge die Stationen mit offenen Türen, was eine ungeheure Gefahr darstellt. Die Station Alserstrasse starr vor Schmutz, die Stiegen werden gerade in dieser Station scheinbar überhaupt nicht gereinigt und sind in einem unbeschreiblichen Zustand. In anderen Stationen hingegen wird auf die Reinigung mehr Gewicht gelegt. Red-

Zweiter Bogen.

empfiehlt seine Anregungen der Obsorge des amtsführenden Stadtrates.

In seinem Schlusswort verweist der Referent darauf, dass in den Trambwagen der Strassenbahn elektrische Heizungsrichtungen sich befinden, die im Winter benützt werden, es könne ja sein, dass manchmal die eine oder die andere Anlage nicht funktioniert. An der Verunreinigung der Stadtbahnstationen tragen augenscheinlich manche Fahrgäste schuld, die trotz der angebrachten Abfallkörbe Papier und die Hüllen der Automatenchokoladen achtlos wegwerfen. Die übrigen Wünsche, die Gemeinderat Körber vorbrachte, werden soweit ^{sie} im Rahmen der Betriebsführung liegen entsprechende Berücksichtigung finden.

Vbgm. Emmerling berichtet über die Fahrpreismässigung auf der Kraftstellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf und beantragt den Bewohnern in Salmansdorf und Neustift, die sich mit Erkennungskarten ausweisen, den ermässigten Fahrpreis von sechs Groschen zuzubilligen.

G.R. Hol aubek (chr. soz.) bringt das alte Projekt des Ausbaues der Strassenbahn durch die Krottenbachstrasse zur Sprache und bemerkt, dass die Gemeinde, die über viele hundert Millionen Kassenbestände verfüge endlich die Verwirklichung dieses Projektes vornehmen sollte. Wenn sich ^{auch} anfangs diese ^{neue} Linie nicht rentieren würde so wäre die Rentabilität mit der Zeit zu erreichen und schliesslich sollte man doch auch das Interesse der Bewohner dieser Gebiete berücksichtigen.

Der Referent erwidert, er könne nur abermals darauf verweisen, dass der Ausbau der Krottenbachlinie 27 bis 30 Milliarden kosten würde. Es müsste jeder Fahrgast in ganz Wien einen halben Groschen auf seine Fahrkarte draufzahlen, wenn man für diese grosse Summe die Deckung finden wollte. Bei Annahme einer nur zehnprozentigen Verzinsung des investierten Kapitals müsste eine Wochenfrequenz von 30.000 Personen sich ergeben um nur die Bruttoeinnahmen zu schaffen. Die Verwirklichung dieses Projektes muss unter ^{solchen} Umständen auf bessere Zeiten verschoben werden.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Iser beantragt einen Zuschusskredit von 2200 Schilling für die Auswechslung der veralteten schadhafte Hochspülapparaten in den Schulen Ostmarkgasse, Mengergasse im XXI. Bezirk gegen neue Niederdruckspülapparate, sowie für die Aufstellung von zwei neuen freistehenden Syphonklosetten in der Schule Täublergasse in Floridsdorf.

G.R. Angermayer (chr. soz.) wünscht Aufklärung über die Art der Verrechnung der Zuschusskredite die vom Referenten gegeben wird. Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Iser beantragt zur Deckung des Restfordernisses von 52.000 Schillingen für Strassenherstellungen beim städtischen Wohnhausbau in der Spittelauerlände einen formellen Zuschusskredit in gleicher Höhe zu bewilligen, der in dem für die Neupflasterung der Inzersdorferstrasse sichergestellten Betrag von 55.000 Schillingen seine Bedeckung findet.

G.R. Körber (chr. soz.) bemängelt den Zustand der Strassen nächst dem Volkwehrplatz und wünscht, dass der Strasserherstellung in diesem Bezirksteil endlich das Augenmerk zugewendet werden möge. Auch die Salmansdorferstrasse befinde sich in einem geradezu kläglichen Zustande, die seinerzeit vorgenommene Reparatur sei ganz unsachgemäss durchgeführt worden, die Strasse weise wieder viele Löcher auf, die ganze langwierige Herstellungsarbeit, während welcher die Strasse für den Verkehr gesperrt worden war erweise sich heute als wertlos.

G. R. Hol aubek ruft: Keine Strassenbahnlinie, keine ordentliche Strasse, dass sind schöne Zustände, dass ist ein Skandal!

Der Referent findet die vorgebrachten Beschwerden zum Teil gerechtfertigt. Die Gemeinde sei bemüht, die während des Krieges/in den ^{und} ersten Nachkriegsjahren arg vernachlässigten Strassen nach und nach herzustellen, sie müsse aber nach Massgabe der zur Verfügung stehenden Mittel vorgehen und könne nicht mit einem Schlage alle alten Sünden gut machen. Es werden zunächst jene Strassen hergestellt, die am reparaturbedürftigsten sind bei den anderen beheffe man sich vorläufig mit den dringenden Ausbesserungen, bis die Mittel zu ihrer gründlichen Erneuerung verfügbar sind. Bezüglich der Beschwerden über die Salmansdorferstrasse ^{und das} werde die zuständige Magistratsabteilung ^{und das} Stadtbauamt aufmerksam gemacht werden um die Schäden zu beheben. Wir können alle diese Uebelstände sagt der Referent, aber man kann nicht alles auf einmal machen, es wird die Zeit schon kommen, wo infolge Verwendung des Besseren Schotter und entsprechender Geldmittel die Herstellungen vorgenommen werden können.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Hiess berichtet über eine Subvention von 50.000 Schilling an den Allgemeinen Verband für freiwillige Jugendfürsorge in Wien. Dieser Verband beabsichtigt eine Reihe von Fürsorgeeinrichtungen neu zu schaffen, für deren Aufwand diese Subvention gewährt wird.

St. Rtn. Dr. Motzko (chr. soz.) erklärt, dass sie sich nicht gegen die Subvention für diesen Verein wenden wolle. Nur müsse man verlangen, dass nach jeder Seite mit gleicher Gerechtigkeit vorgegangen wird. Dies ist aber nicht der Fall, das zweimalige Ansuchen des Karitasverbandes in den Jahren 1924 und 1925 wurde vollständig ignoriert. Ein Zusammenschluss aller Fürsorgeorganisationen ist theoretisch und praktisch nicht möglich. Solche Verbände streben danach, Ober- und Ueberverband zu schaffen, wodurch ein schwerfälliges bürokratisches System gezeitigt wird. Rednerin gibt an Hand von Zahlen einen Ueberblick über die grosse Tätigkeit des Karitasverbandes. Ein Zusammenschluss in einem neutralen Vereine ist unmöglich, es ist auch bezeichnend, dass die Kinderfreunde nicht mehr im Verbands vertreten sind. Nur der jüdisch-nationale, der protestantische und einige kleinere Vereine ohne Anschluss sind im Verbands vertreten. Rednerin wünscht, dass die Tätigkeit des Karitasverbandes gestützt und das Ansuchen um eine Subvention bewilligt wird.

G.R. Hiess erklärt nochmals, dass es nicht möglich ist, ausserhalb des Verbandes stehende Vereine zu subventionieren. Sonst würden manche Mittel und Wege finden, doppelt oder dreifach Unterstützungen bekommen. Auch der Verein Societas verfügt über eine ausgedehnte Organisation und über insgesamt 592 Einrichtungen. Auch die Kinderfreunde haben niemals eine eigene Subvention erhalten. (Zwischenruf des Stadtrates Rummelhardt: Dafür Sachsubventionen von Millionen!).

Der Antrag wird darauf angenommen.

G.R. Hiess beantragt schliesslich eine Subvention von 1500 Schilling für den Wiener Tierschutzverein. Die dem Verein aus der Verteilung der fünftausend ermässigten Hundemarken erwachsenden Auslagen sollen dadurch gedeckt werden.

St. R. Rummelhardt (chr. soz.) polemisiert länger gegen die Hundefeindlichkeit der heutigen Rathausmehrheit. Niemals wurde der Hund, der treue Freund des Menschen, ein Punkt der Tagesordnung, denn in der liberalen und christlichsozialen Aera hatte man volles Verständnis hierfür. Interessant ist es nun, wie im Organ des Wiener Tierschutzvereins der Vizepräsident Nationalrat Forschner sich in einem Aufsatz mit dem Vergleich zwischen Tierfreundlichkeit und Menschenfeindlichkeit befasst.

Dritter Bogen.

Diese Begriffe schliessen aber keineswegs einen Widerspruch in sich. Die Arbeiterzeitung aber entfaltet in der letzten Zeit eine rege Agitation gegen die Hunde. Noch bezeichnender aber ist ein Artikel, der in der Oesterreichischen illustrierten Garten und Kleintierzeitung erschien. Es herrscht in den Reihen ihrer Parteigenossen eine rege Erbitterung gegen die Stadtverwaltung, denn viele davon sind Hundebesitzer. Ja es wird sogar in einem Tone, mit dem wir uns nicht einverstanden erklären können, der aber doch zu denken gibt, von Stadtrat Tandler gesprochen. Es heisst dort, dass er asketische Theorien verfolge. Viele Menschen wollen mit ihren Freunden auf der Stadtbahn ins Freie fahren. Dies verbietet ihnen die Strassenbahndirektion. Ja sie gehen soweit, den Hund von den aus Gemeingeldern erbauten Häusern zu verbannen. Diese Häuser gehören aber nicht Ihnen! Jeder Wiener steuert seinen Beitrag hierzu bei. Ja man sagt schon in den Reihen Ihrer Genossen, „Jetzt nehmen Sie keine Parteien mit Hund in die Gemeindehäuser, später werden es Parteien mit Kindern sein.“ Die Erbitterung wächst auf allen Seiten. Sie wird Ihnen sicher noch schaden. Die armen Kriegsblinden sind dazu verdammt, die weitesten Wege zu Fuss zu machen, weil sie nicht auf der Strassenbahn fahren dürfen. Ich muss hier in öffentlicher Gemeinderatsitzung auf das entschiedenste gegen die unwürdige Behandlung der armen Opfer des Krieges protestieren. Sie hätten die Pflicht, dieses Unglück zu respektieren. Der Hund ist aber nicht immer ein Luxus, oder eine Spielerei. Für manches alte Mutterl ist er der einzige Wächter im Haus. Redner wendet sich zum Schluss dagegen, dass der Deutschösterreichische Tierschutzverein, ein kleinerer Verein als der Wiener Tierschutzverein, der aber die gleichen Tendenzen verfolgt, keine ermässigten Hundemarken bekommen hat und ausserdem noch dem Wiener Tierschutzverein verboten wurde, ihm die billigen Hundemarken zu geben. (Beifall)

Stadtrat Professor Tandler erklärt, dass die Hundefrage für die Grosstadt vom gesundheitlichen Standpunkt behandelt werden müsse. In einer Stadt mit 1'8 Millionen Menschen sind hunderttausend Hunde bereits eine grosse Gefahr. Wien hat im Frieden nur 45.000 Hunde gehabt. Da müsse man sich doch fragen, wie weit das noch gehen soll. Es ist wohl kaum ein Geheimnis, dass das Zusammenleben von Menschen und Tieren vielfach eine Qual ist. Es ist auch nicht richtig, dass das Halten von Hunden in grossen geschlossenen Siedlungen immer für die Tiere angenehm ist. Ich selbst habe fast in meinem ganzen Leben Hunde besessen. Man kann daher wohl in einer Zeitung mich als Tierfreund hinstellen, aber ob dies richtig ist, müssen andere Menschen beurteilen. Was die Beförderung der Hunde auf der Strassenbahn anlangt, so muss gesagt werden, dass kein Mensch etwas dagegen haben wird, wenn die zwanzig Kriegsblinden ihre Hunde auf die Strassenbahnwagen nehmen. Aber darum handelt es sich gar nicht. Es gibt tausende von Menschen, die sich vor den Hunden fürchten und die Herren im Tierschutzverein wollen doch viel mehr, als nur die Beförderung der Hunde der Kriegsblinden. Hier gilt das Wort: Den Hunden das Hunderecht, aber den Menschen das Menschenrecht!

Stadtrat Rummelhardt: Mehr habe ich nicht verlangt!

Stadtrat Professor Tandler: Dann verlangen wir dasselbe und nur der Tierschutzverein will etwas ganz anderes. Solange diese Sache in den Grenzen der Vernunft jenseits jeder Sektirerei behandelt wurde, war es leicht. Das ist aber jetzt anders geworden. Die Hundefrage in den städtischen Neubauten wurde unrichtig dargestellt. In den meisten dieser Häuser sind grosse Höfe und Gärten, die derart eingerichtet sind, dass sie für die Kinder als Spielplätze dienen. In den grösseren Wohnhausanlagen

sind für die Kinder Planschbecken. Stellen Sie sich vor, dass darin auch die Hunde baden, wie dies sehr oft geschehen ist. In den Häusern, in denen solche Höfe nicht sind, können aber die Bewohner ihre Hunde ruhig weiter halten. Es ist also nicht wahr, dass die Gemeinde gegen die Hunde ist. Wenn der Stadtverwaltung vorgeworfen wird, dass sie gegen die Kleintierzucht in den Häusern ist, dann muss das zu gegeben werden. In einer Wohnung können keine Kaninchen gross gezogen werden, weil es unwirtschaftlich ist, wenn wir für die Bekämpfung der Rattenplage mehr aufwenden, als die Kaninchenzucht einbringt. Die Leute haben aber auch Schweinezucht in Badewannen betrieben. (Grosse Heiterkeit). Die Menschen, die der arbeitenden Klasse angehören, sind tierfreundlicher, wie manche andere Personen, aber sie wissen, dass hier eine weise Beschränkung notwendig ist. Wenn Sie einmal einen Menschen an Hundswut leiden und sterben gesehen hätten, wie ich Zeuge eines solchen entsetzlichen Todes war, dann würden Sie sich niemals mehr einen Hund halten. Man sollte einen einzigen solchen Fall kinemathographisch aufnehmen und die Leute im "Tierfreund" würden sich hüten, eine solche Sprache zu führen. Schliesslich schützen sich andere Nationen, denen man gewiss keine Tierfeindlichkeit vorwerfen kann, in einer durchaus vernünftigen Weise gegen diese Krankheit. So wurden in Tokio alle Hunde gegen die Tollwut geimpft und es haben sich bei 74.000 Hunden nur 31 Krankheitsfälle ereignet, zum Unterschied von 376 Fällen, die sich unter 15.000 ungeimpften Hunden vorgefunden haben. Ich habe angeregt, dass man das auch in Wien machen soll. Man kann also gewiss nicht sagen, dass die Gemeindeverwaltung tierfeindlich sei, im Gegenteil, sie ist tierfreundlich, natürlich unter Schonung und Wahrung der menschlichen Gesundheit. (Lebhafter Beifall)

Nach einer Feststellung des Stadtrates Rummelhardt, dass die Gemeinde in ihren Neubauten keine Hundebesitzer aufnimmt und auch die Kriegsblinden mit ihren Hunden nicht auf den Strassenbahnen fahren dürfen, wird der Antrag des Referenten angenommen.

G.R. Jenschik (soz. dem.) beantragt die Bewilligung eines Sachkredits von 9200 Schilling für die Durchführung verschiedener Arbeiten und Lieferungen in der Kühlanlage des Schlachthofes St. Marx.

G.R. Meibaul (chr. soz.) bringt eine Reihe Beschwerden über die Zustände im Schweineschlachthof vor. Die vorhandenen Räume seien längst unzulänglich, mitunter könne die Schlachtung der Schweine infolge Platzmangels nicht vorgenommen werden und neuestens habe man einen Teil des Kontumazmarktes gleichsam als Notbehelf herangezogen. Dadurch entstehen schwere sanitäre Gefahren. Warum die Gemeinde die Angelegenheit so flau behandle und nicht endlich einen entsprechenden Ausbau der Anlagen vornehme, sei unerfindlich und höchstens daraus zu erklären, dass die ungefähr 70 mittleren Gewerbetreibenden aus dem Schlachthof vertrieben und die Schlachtung den paar Grossunternehmern zugeschanzt werden soll. So geht es nicht weiter, man dürfe nicht immer sparen und flicken sondern müsse endlich was ordentliches schaffen.

Der Referent entgegnet, er werde die vorgebrachten Beschwerden dem amtsführenden Stadtrat Kokrda zur Kenntnis bringen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Reisinger (soz. dem.) beantragt die Bewilligung von vier Sachkrediten in der Höhe von 62.000 Schilling, 770.000 Schilling, 5.340.000 Schilling und 100.000 Schilling für den Ausbau der Leitungsnetze der städtischen Elektrizitätswerke. Die ersten zwei Kredite sind aus dem Gebarungsergebnis des Jahres 1926 zu bestreiten, die letzteren zwei soweit sie nicht durch Kostenbeiträge der Stromabnehmer hereingebracht werden auf das Gebarungsergebnis der Jahre 1926, 1927 und 1928 zu verweisen.

V i e r t e r B o g e n .

G.R. Panosch (chr. soz.) hat gegen die Ausgestaltung der Elektrizitätswerke nichts einzuwenden, er müsse aber entschieden dagegen Verwahrung einlegen, dass so hohe Summen, die für dauernde Anlagen aufgewendet werden einfach aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. Im Jahre 1925 wurden insgesamt 13.259.400 Schilling für verschiedene Anlagen der Elektrizitätswerke und deren Ausgestaltung bewilligt, ein Betrag der sicherlich auf die Bildung des Strompreises einwirken müsse. Redner habe berechnet, dass durch die Bestreitung dieser hohen Summe aus laufenden Einnahmen eine Verteuerung des Strompreises um drei ein halb Groschen eingetreten sei. In dieser Weise könne doch nicht weitergewirtschaftet werden, die Mehrheit möge mit diesem Grundsatz endlich brechen und die Bedeckung für solche Neuanschaffungen, die für eine lange Reihe von Jahren Geltung haben, auf andere Weise finden.

G.R. Kunschak ruft: Eine Anleihe machen!

Der Referent erwidert, wenn man nach dem Beispiele des Landes Salzburgs verfahren wollte, das eine Schweizer Anleihe aufgenommen habe, und sich dafür verpflichten musste die notwendigen Anschaffungen und Bestellungen den Schweizer Firmen zu übergeben, würden die heimischen Gewerbetreibenden mit Recht sich dagegen anfehlen.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Siegel beantragt die Erbauung einer Brücke über die alte Donau zum Strandbad Gänsehäufel mit einem Gesamtkostenerfordernis von 260.000 Schilling. Der Personenverkehr spielte sich bisher auf einem schwankenden Steg ab und für den Wagenverkehr stand nur ein vorsintflütliches Vehikel zur Verfügung. Die neue Brücke wird in modernster Ausführung aus Eisenbeton erbaut.

G.R. Körber (chr. soz.) fragt an ob für die Führung der Lichtkabel und des Wassers Vorsorge getroffen wurde. Auch die Kanalisierung wäre in diesem Zusammenhang durchzuführen. Redner verlangt eine grössere Beaufsichtigung in den Sonnenbädern, damit die Besucher vor schweren gesundheitlichen Schädigungen bewahrt bleiben. Der Badetarif des Familienbades sei zu hoch.

St.R. Siegel erklärt, dass die Einrichtungen jedes Jahr verbessert werden. Was den Bädertarif betrifft so ist er dem Komfort dieses Bades angemessen, dass als eine Art Luxusbad betrachtet werden muss, während das unfern gelegene Strandbad "Alte Donau" wesentlich billiger ist.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Siegel berichtet ferner über die Errichtung einer Müllumleerstation auf dem Kehrichtableerplatz im X. Bezirk Favoritenstrasse. Neben den bisher bestehenden Anlagen auf dem Bruckhäufen und in Hernalts ist durch die weitere Ausgestaltung des Colonia Systems eine dritte Anlage notwendig geworden. Der Betrieb dort muss sich mit besonders konstruierten Motorwagen abwickeln die durch ihre Form in der Art der Tanks auf dem angeschütteten Grund sich fortbewegen können. Die Umleerung der Coloniawagen auf die Lorys muss sich in besonderer Weise vollziehen.

G.R. Wielisch (chr. soz.) wendet sich gegen verschiedene Missstände bei dem Colonia system, wo die Kübel in den Höfen in nächster Nähe der Wohnungen nicht rechtzeitig entleert werden, sodass neben den Behältern Misthaufen von grossen Dimensionen entstehen. Die Kübel werden nicht regelmässig abgeholt und das vorhandene Personal genügt nicht zur Wegbeförderung und Bedienung der Züge. Auch der alte Mistbauer hat sich gegen früher geändert er kommt nicht mehr regelmässig zweimal in der Woche, sondern vollkommen verlässlich und das Glockenzeichen ertönt oft schon

eine Stunde früher. Es geht nicht an, dass man auf der einen Seite Millionen für Hygiene aufwendet, auf der anderen Seite diese Hygiene durch eine unrationelle Bedienung des bestehenden Systems ständig gefährdet.

G.R. Doppler (chr. soz.) fragt in welcher Entfernung von den Häusern die Errichtung der Anlage im X. Bezirk vorgeesehen ist. Redner bespricht eingehend Missstände bei der Abbeförderung des Mistes in Hernalts, und führt hauptsächlich darüber Beschwerde, dass in seinem Wohnhause im Hofe ein Misthaufen lagere, der entstanden sei, weil der Kehricht 14 Tage hindurch nicht abgeholt wurde. Schuld an diesen Missständen trage vorwiegend der Personalabbau der in einem Umfange durchgeführt wurde, dass jetzt zu wenig Leute bei der Kehrichtabfuhr beschäftigt sind. Es sei geradezu unerhört, wenn in einer Zeit wirtschaftlicher Not von der Gemeinde Rücksichtslos Personal abgebaut und auf die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung nicht geachtet werde.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) verlaggt vom Referenten Aufklärung, wieso es komme, dass eine Aufwendung, deren Bedeckung schon im Jahre 1925 ausgewiesen wurde, erst jetzt im Jänner 1926 gemacht werde. Er kritisiert gleichfalls den nach seiner Meinung zu weitgehenden Personalabbau bei der Gemeinde, die anstatt angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit soziale Fürsorge zu betreiben die Leute einfach aufs Pflaster werfe mit der Begründung, dass sie entbehrlich seien.

St.R. Siegel entgegnet in seinem Schlusswort, dass das Colonia system wie alle Neueinführungen erst eine Reihe von Kinderkrankheiten durchmachen müsse. Die Klagen werden erst verschwinden, wenn dieses System in ganz Wien durchgeführt sein wird. Der Personalabbau sei nur in sehr beschränkter Masse vorgenommen worden. Die Beschwerden des Gemeinderates Doppler über die Kehrichtabfuhr im Hernalser Bezirke seien teilweise gerechtfertigt, jedoch übertrieben. er lade ihn ein, das Gebiet zu besuchen und sich zu überzeugen, dass nach Möglichkeit gearbeitet werde. Die Minderheit stehe der Sache nicht wohlwollend gegenüber und würdige nicht die Schwierigkeiten, mit denen eine solche Neueinführung zu kämpfen habe. Auf die Frage des Gemeinderates Zimmerl sei zu erwidern, dass die im Jahre 1925 bewilligten Kredite bis zum 31. Jänner 1926 erfüllbar sind.

Nach tatsächlichen Berichtigungen der Gemeinderäte Doppler und Zimmerl wird der Referentenantrag angenommen.

St.R. Speiser berichtet über eine Aenderung des Bezugsschemas der Angestellten der städtischen Feuerwehr, die Erhöhung der Gehaltssätze wird ähnlich wie bei den Magistratsangestellten vorgenommen.

G.R. Doppler (chr. soz.) verlangt, dass 40 Feuerwehr Bedienstete die bereits auf den Titel Unterbeamte Anspruch hätten, bisher noch nicht ernannt worden sind. Der

Der Referent erwidert, dass mit diesem Titel finanzielle Zuwendungen nicht verbunden seien.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Speiser beantragt eine Aenderung des Kollektivvertrages der Lagerarbeiter des städtischen Wirtschaftsamt. Bei dieser Vorlage handelt es sich insbesondere um eine Lohnerhöhung von acht Prozent.

G.R. Peyer (chr. soz.) bemängelt, dass die Angelegenheit erst jetzt in den Gemeinderat komme, obwohl die Lohnerhöhung rückwirkend vom 27. November an beschlossen werden soll. Es wäre Zeit gewesen, die Angelegenheit früher zu beraten, da seit diesem Termin eine Reihe von Sitzungen des Gemeinderates stattgefunden haben. Ummöglich sei

auch die Bestimmung, dass die Aufnahme von neuen Arbeitskräften nur durch die vertragschliessende Organisation erfolgen dürfe. Das ist ein Skandal, weil dadurch einzelne Organisationen ein Monopol erhalten. Es wäre besser, die Arbeitskräfte durch die städtische Arbeitsvermittlung aufzunehmen. Diese Paschawirtschaft Speiser-Mussolini muss doch endlich ein Ende finden.

St. R. Speiser erwidert, dass die Vorlage infolge der Budgetberatungen nicht früher verhandelt werden konnte und die Bestimmung über die Aufnahme von neuen Arbeitskräften eine Folge früherer Gemeinderatsbeschlüsse sei, über die sich die Mehrheit nicht hinwegsetzen könne, worauf die Vorlage angenommen wird.

St. R. Speiser berichtet über eine Abänderung des Kollektivvertrages der Arbeiter der städtischen Bäckerei, die mit einer Erhöhung der Lohnsätze um fünf Prozent verbunden ist.

G. R. Körber (chr., soz.) erklärt, dass ein stichhaltiger Grund für die Errichtung dieser Bäckerei bis heute noch nicht angegeben werden konnte. Der Gemeinderat weiss auch bis jetzt gar nichts über die Rentabilität dieses Unternehmens. Hier muss etwas versteckt sein, denn sonst hätte man den Gemeinderat über die Gebarung schon berichtet.

St. R. Speiser antwortet, dass ungefähr im Monat März der Rechnungsabschluss dieses Betriebes dem Gemeinderat vorgelegt werden wird, woraus genau die Gebarung ersehen werden könne. Es gebe gar nichts zu verstecken, sondern es liege alles offen zutage. Der Aenderung des Kollektivvertrages wird hierauf zugestimmt.

G. R. Speiser beantragt einen Zuschusskredit von 55.000 S für Remunerationen aus verschiedenen Anlässen.

G. R. Stöger (chr., -soz.) verlangt die Herausgabe der Remuneralionsliste, über die ein geheimnisvolles Dunkel gebreitet wird, und den endgültigen Schluss dieser Massenkorrption. Redner ~~xxx~~ stellt den Antrag, dass alle Stufenvorrückungen und Geldprämien, die auszeichnungswise werden, im Amtsblatt zu veröffentlichen sind.

St. R. Speiser erklärt, dass diese Auszeichnungen an Beamte und Angestellte verliehen wurden, die weit über das gewöhnliche Mass hinaus ihre Arbeiten leisteten. Gegenüber den ständigen Verdächtigungen über die Verwendung dieser Summen wolle er klarlegen, wofür sie verwendet wurden im Laufe des Jahres 1925. Referent verliest eine Liste, für welche Abteilungen diese Remunerationen verwendet wurden, daraus geht hervor, dass es sich um rein sachliche Angelegenheiten handelt, alles andere ist Entstellung. Er müsse sich gegen sie Beleidigungen der Beamten und der Verwaltung wenden.

Hierauf gelangt der Dringlichkeitsantrag des GR. Stein wegen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verhandlung.

Zur Begründung verweist der GR. Stein (Soz. dem.) auf das rapide Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Wien und in Österreich, die keinen guten Abschluss der staatsfinanziellen Sanierung bilden. Wir wissen dass die Arbeitslosigkeit eine allgemeine europäische Erscheinung ist, aber sie hat bei uns in Österreich besonders tragische Dimensionen angenommen, und das schmerzlichste ist, dass in keinem anderen Staat die bürgerliche Welt bei der Bekämpfung dieses

Notstandes so versagt hat wie bei uns. Allen öffentlichen Körperschaften obliegt die Pflicht zu helfen. Es ist also auch die Pflicht des Wiener Gemeinderates, diesen unglücklichen Opfern der kapitalistischen Wirtschaft, der Kriegspolitik und der Sanierung zu helfen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Wir Sozialdemokraten verstehen, warum die bürgerliche Welt bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagen musste, weil sie eben nur das Ausbleiben des Profits sieht und sonst alle anderen Erwägungen zurückstellt. Keine der bürgerlichen Parteien und Körperschaften haben ein wirkliches Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zustande gebracht, das einzig taugliche Programm ist von den proletarischen Spitzenorganisationen vorgelegt worden. Wir waren daher dankbar als der Bürgermeister zugesagt hat, dass die Investitionen und die im Voranschläge vorgesehenen Arbeiten in raschester Folge ausgeführt werden und weitere kommunale ~~Arbeiten~~ Arbeiten ausfindig gemacht werden sollen, um der katastrophalen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. (Lebhafter Beifall.)

Stadttrat Kunschak: Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit braucht nicht gesprochen werden. Er ist uns aus den Ziffern bekannt. Ueber die Wirkung sind wir uns klar. Wenn daher irgend eine aktive Aktion gegen die Arbeitslosigkeit unternommen werden soll, können Sie auf unsere Mitwirkung rechnen. Die Gemeinde hätte auch sonst die Möglichkeit positives zu unternehmen um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Aber wir hören, dass bei der Strassenbahn dreihundert Gleisarbeiter abgebaut werden, dabei sollen Leute sein, die schon neun Jahre dort gearbeitet haben. Dasselbe ist bei der Strassenreinigung der Fall. Heute haben wir ein Referat gehört, in dem uns mitgeteilt worden ist, dass die Angestellten Remunerationen erhielten, um die Ueberstunden zu leisten. Da wäre die Möglichkeit gewesen, einige Leute aufzunehmen. Der ärgste Skandal liegt aber bei der Strassenbahn, wo noch jetzt die Ueberstunden permanent auf der Tagesordnung sind. Dort haben die Leute manchmal nur alle drei Wochen einen freien Tag. Da haben Sie die Möglichkeit der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Ich empfehle, dass sich Gemeinderat Stein dafür interessiert. Wir haben nicht dagegen, wenn Sie den Bürgermeister auffordern, alle Arbeiten rasch zu vergeben und werden für den Antrag stimmen. (Beifall)

Stadttrat Speiser erklärt, dass die Gemeinde vormsechs Jahren eine Ueberzahl von Angestellten hatte. Es wurde aber kein Abbau, wie beim Bund vorgenommen. Nur die weiblichen Schaffner wurden abgebaut. Daher ist das Wort vom Abbau bei der Gemeinde falsch. Es kann sich höchstens um Saisonarbeiter handeln. Aber da ist die christliche Gemeindeverwaltung viel weiter gegangen. Wir beschäftigen die Saisonarbeiten so lange als nur möglich. Bei der Strassenbahn haben wir jetzt den Achtsturentag, früher war dort der Zehnsturentag! Im vergangenen Jahr wurden bei der Strassenbahn allein mehr als tausend Arbeiter aufgenommen. Durch das grosse Investitionsprogramm beschäftigen die Gemeinde mehr als zehntausend Arbeiter. (Beifall).

Es wird nur der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen und Bürgermeister Seitz schliesst um elf Uhr nacht die Sitzung.

.....